

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

10 FORDERUNGEN ZUM SCHUTZ DER DEMOKRATIE

SICHERHEIT IM POLITISCHEN DISKURS

gruene-thl.de



Bedrohungen und Gewalt gegen Politiker*innen, Wahlkämpfer*innen, aber auch Aktivist*innen oder Journalist*innen sind Ergebnis eines massiven gesellschaftlichen Rechtsrucks. Auch in Thüringen erleben wir zunehmend Anfeindungen, Bedrohungen oder Gewalt gegen Menschen, die sich politisch engagieren. Besonders Frauen, Personen mit Migrationshintergrund und Vertreter*innen niedrigerer sozialer Schichten sind, laut Studien¹, massiven Bedrohungen ausgesetzt. Diese Bedrohungen gefährden die Integrität unserer repräsentativen Demokratie.

Wir haben in den letzten Jahren Entwicklungen wahrgenommen, die eine gesellschaftliche Stimmung begünstigt haben, aus der sich Menschen dazu aufgerufen sehen, aktuell politisch Engagierte und Wahlkämpfende anzugreifen.

Einerseits liegt das an dem Umgang von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden mit extremen Rechten und der Verharmlosung von Reichsbürgern und Pandemieleugnern, die beispielsweise Bilder von Politiker*innen in Sträflingskleidung und Aufrufen (mit Gewalt) gegen diese verbreiten. Durch die Thüringer Landeshauptstadt Erfurt läuft noch immer jeden Montag eine entsprechende Mischszene auf, die ohne Anmeldung nach Versammlungsgesetz und unter spärlicher polizeilicher Begleitung durch die Straßen zieht, hetzt und Fake News verbreiten. Im Rahmen der sogenannten Bauernproteste kam es zu Drohungen an die Politik mit diversen Galgendarstellungen, die nicht ansatzweise verfolgt oder geahndet wurden. Dass die Strafverfolgungsbehörden solche Darstellungen hinnehmen trägt zur weiteren Legitimierung dieser Handlungen bei.

Andererseits nehmen wir auch Hetz-Kampagnen insbesondere als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wahr. In dem Zusammenhang erfolgt auch die Übernahme rechter Erzählungen und zugleich die Bestätigung dahinterliegender Narrative. Die Normalisierung, mit der die AfD solche Positionen vertritt ohne spürbare Abwehr zu erfahren, wird in der rechten Szene als Bestätigung aufgefasst. Trotz dieser Herausforderungen zeigt sich eine bemerkenswerte Widerstandskraft: Viele Amts- und Mandatsträger*innen ziehen sich nicht sofort aus der Politik zurück. Sie sehen sich jedoch gezwungen, ihr Verhalten anzupassen, um sich und ihre Familien zu schützen. Viele Amtsinhaber*innen überdenken daher eine erneute Kandidatur, was wir nicht zur Norm werden lassen dürfen. Die Vorfälle in Dresden reiht sich in eine Serie an Angriffen ein und sorgen für weitere Verunsicherung.

Auf den öffentlichen Aufschrei muss jetzt eine Reaktion folgen, die mehr als nur symbolischer Natur ist: Es braucht klare Maßnahmen zum Schutz von Wahlkämpfenden auf der Straße, eine Intensivierung der Strafverfolgung und eine Entnormalisierung extrem rechter Narrative. Gleichzeitig brauchen wir eine umfassende Aufklärung über legitime und demokratische Protestformen. Wir müssen zudem sicherstellen, dass die Mitarbeitenden in den Verwaltungen, die als staatliche Repräsentant*innen agieren, nicht vergessen werden.

¹ https://www.boell.de/sites/default/files/2022-12/studie_vielfaeltige-repraesentation-unter-druck_anfeindungen-und-aggressionen-in-der-kommunalpolitik-.pdf;
https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/IDZ_Forschungsbericht_Angriffe_Kommunalpol_verw_2023.pdf

1. Politisches Engagement auf kommunaler Ebene fördern

Kommunalpolitik prägt maßgeblich das Leben in unseren Gemeinden und Städten. Personen, die aktiv dazu beitragen möchten, die Gesellschaft mitzugestalten, dürfen nicht durch Bedrohungen und Gewalt vertrieben werden. Es ist inakzeptabel, dass politisch Engagierte Angst haben müssen, sich für die Demokratie einzusetzen. Essenziell ist, genau diese Menschen in ihrem Engagement zu bestärken, da sie durch ihre Beteiligung an der Kommunalpolitik einen direkten Einfluss auf ihren Wohnort nehmen können. Wahlkämpfende benötigen die Gewissheit, dass sie ihre Arbeit sicher und ohne Bedrohungen ausüben können. Es ist entscheidend, dass sie den Rückhalt der Gemeinschaft spüren und sich sicher fühlen, damit sie ihre Aufgaben effektiv wahrnehmen können.

2. Normalisierung der extremen Rechten in gesellschaftlichen Debatten verhindern

Ein Bewusstsein für den verantwortungsvollen politischen Umgang und die Achtung demokratischer Prinzipien sollte stets im Vordergrund von politischen Debatten stehen. Daher ist entscheidend, dass im öffentliche Diskurs keine Normalisierung extrem rechter Position stattfindet, die schlussendlich Gewaltanwendung legitimieren oder rechtfertigen können. Dabei geht es um politische Kultur, aber auch den Umgang beispielsweise mit der AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten. Deren Erzählungen und Narrative werden gestärkt, wenn demokratische Parteien diese Themen oder Erzählungen übernehmen. Hier ist eine harte politische Abgrenzung notwendig.

3. Radikalisierung stoppen

Gewalt erstickt jede sachliche Debatte und untergräbt unsere demokratischen Werte. Daher müssen wir Maßnahmen ergreifen, um den Handlungsspielraum für extrem rechte Akteure einzuschränken. Hier ist es wichtig bei den Ursachen anzufangen, um zu verstehen, weshalb einige Menschen anfälliger für Radikalisierung sind. Ein fundamentaler Bestandteil dieser Bemühungen ist, neben der Prävention, die Unterstützung von Ausstiegsberatungen und das Angebot von Deradikalisierungsprogrammen. Diese spielen eine entscheidende Rolle dabei, radikalisierte Personen wieder zurück in den demokratischen Korridor zu holen.

4. Sicherheitskonzepte für Wahlkämpfende bereitstellen

Insbesondere Kommunalpolitiker*innen sind Beleidigungen, Hetze, Hass oder sogar Angriffen ausgesetzt. Sie dürfen nicht an den Rand gedrängt werden. Gerade in Zeiten von Wahlkämpfen sind Plakate und Infostände ein selbstverständlicher Ausdruck der Demokratie und des Wettbewerbs zwischen den Parteien. Diese Form der Repräsentation demokratischer Parteien muss aktiv geschützt werden. Politische Veranstaltung und

Wahlkampfaktionen können daher im Vorfeld mit den Sicherheitsbehörden abgestimmt werden, um potenzielle Risiken frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Hierbei braucht es insbesondere bei der Polizei mehr Ressourcen im Bereich der Prävention.

Die Gefährder*innenansprache durch die Polizei ist ein wichtiger Bestandteil präventiver Sicherheitsmaßnahmen. Deshalb sollen klare Ansprechpartner*innen der Sicherheitsbehörden für Engagierte benannt werden, um Unterstützung zu gewährleisten. Sicherheitsmaßnahmen vor Ort müssen außerdem auf die jeweiligen Gegebenheiten zugeschnitten sein.

5. Klare Anweisungen an die Polizeidienststellen

Wir erwarten, dass die verantwortlichen Landesinnenministerien klare Anweisungen an die Polizeidienststellen geben. Diese Anweisungen sollen die geltende Rechtslage klarstellen und die Polizeidienststellen darüber informieren, welche Maßnahmen im Falle einer bevorstehenden oder bereits eingetretenen Störung ergriffen werden müssen. Gleichzeitig müssen diese Maßnahmen transparent kommuniziert werden, um Klarheit über die Handlungsoptionen der Polizei in verschiedenen Situationen zu schaffen. Politisch Engagierte müssen darauf vertrauen, dass jeder Sachverhalt ernst genommen wird, zeitnah Ermittlungen sichergestellt werden und sekundäre Viktimisierung vermieden wird. Hierfür müssen Engagierte gleichzeitig beraten werden, wie sie Anfeindungen und Drohungen rechtssicher dokumentieren. Jeder Übergriff, ob verbal oder auf Plakate und andere Materialien, müssen ohne Zögern zur Anzeige gebracht werden.

6. Hasskriminalität konsequent verfolgen

Beschimpfung und Bedrohung von Amts- und Mandatsträger*innen werden durch das geltende Strafrecht nur teilweise erfasst. Hier fordern wir eine präzisere Erfassung von Angriffen auf demokratisch Engagierte, sowie Amts- und Mandatsträger*innen mit einer Weiterentwicklung und Präzisierung der Statistik für Politisch Motivierte Kriminalität und damit verbunden eine konsequentere Verfolgung. Insbesondere muss auch die erhebliche Zunahme der „nicht zuordenbaren“ Delikte genauer erfasst werden, um sie künftig angemessen den Milieus und Phänomenen der beteiligten Tatverdächtigen zuordnen zu können. Zusätzlich ist es wichtig, eine Verfahrensverlaufsstatistik zu etablieren, um die justizielle Aufklärung von Hasskriminalität nachvollziehen zu können. Diese Daten ermöglichen es, den Fortschritt der Ermittlungen und die Ergebnisse der rechtlichen Verfolgung transparent zu machen.

7. Verfolgung von Amts wegen sicherstellen

Die Staatsanwaltschaft muss im Fall eines Angriffs auf Politisch Engagierte, Politiker*innen oder Journalist*innen verpflichtet sein, unverzüglich ein Ermittlungsverfahren einzuleiten und den Sachverhalt umfassend zu untersuchen. In speziellen Fällen, in denen der Privatklageweg vorgesehen ist, sollte eine Möglichkeit bestehen, dass die

Staatsanwaltschaft die Privatkläger*innen unterstützt, um eine effektive Strafverfolgung zu gewährleisten.

8. Aufbau einer Task-Force zum direkten Austausch zwischen Sicherheitsbehörden und kommunalen Akteur*innen

Es mangelt an Daten zu Angriffen auf kommunale Amts- und Mandatsträger*innen sowie Verwaltungsmitarbeiter*innen. Diese Lücke müssen wir schließen, um zielgerichtete Schutzmaßnahmen zu entwickeln. Damit Gefahren besser eingeschätzt werden können, soll eine Task-Force aufgebaut werden, die Informationen rund um Wahlkampf und Sicherheit sammelt und bewertet. So können spezifische Anliegen und Bedürfnisse der Akteur*innen besser berücksichtigt werden, indem auf Erfahrungen zurückgegriffen wird, um schnelle Lösungen für lokale Herausforderungen zu finden. Weiterhin soll ein Online-Meldeverfahren speziell für kommunale Amts- und Mandatsträger*innen eingerichtet werden, damit das Dunkelfeld solcher Delikte minimiert werden kann.

9. Hass im Netz bekämpfen, Online-Streife und Digitales Streetwork etablieren

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Die Verbreitung von menschenverachtenden Hasskommentaren und Hetze im digitalen Raum sind inakzeptabel. Dadurch wird eine Atmosphäre geschaffen, die zur Anwendung von Gewalt ermutigen kann. Deshalb ist es entscheidend, dass gegen Hass im Netz vorgegangen wird. Es ist essentiell, Hatespeech-Beratungsstrukturen zu verstetigen. Es muss sichergestellt werden, dass diese durch eine jahresübergreifende Finanzierung arbeitsfähig bleibt.

Außerdem braucht es eine Online-Streife beim BKA, welche kurzfristig gebildet und durch Beamt*innen aus Bund und Ländern besetzt wird. Das Team soll im Netz nach strafbaren Inhalten suchen und die Löschung veranlassen. Hierbei ist der Fokus auf die Länder mit bevorstehenden Landtagswahlen zu legen.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, dass in die Demokratiebildung investiert wird. Es muss sichergestellt werden, dass Menschen, insbesondere junge Menschen, über demokratische Werte und den respektvollen Umgang miteinander im digitalen Raum aufgeklärt werden. Weiterhin müssen Menschen durch politische Bildung, in die Lage versetzt werden, politische Inhalte bewerten zu können und Fake-News zu erkennen. In dem Zusammenhang braucht es über die einschlägigen Programme auch Angebote des digitalen Streetwork, die in den Regionen zu etablieren sind².

10. Zivilgesellschaftliche Beratung sicherstellen, Pressefreiheit schützen

Beratungsbedarfe für die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und die Opferberatung ezra steigen im Zusammenhang mit diesem Wahlkampfjahr. Daher braucht es eine kurzfristige personelle Aufstockung beider Beratungsstellen.

² <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/542453/lebenswelt-internet-digital-streetwork-als-aufsuchende-sozialarbeit-im-netz/>

Auch die Sicherheit von Journalist*innen, die im öffentlichen Interesse handeln, muss gewährleistet werden, damit sie ihre unverzichtbare Arbeit ohne Furcht vor Gewalt verrichten können. Der Staat ist in der Pflicht, effektive Schutzmaßnahmen zu ergreifen und ein klares Signal zu senden, dass Angriffe auf die Pressefreiheit nicht geduldet werden. Lokaljournalismus muss dahingehend gestärkt und entsprechende unterstützenden Beratungsstrukturen bereitgestellt werden.